

„Je persönlicher, desto wirksamer“

PZ-INTERVIEW mit Rüdiger Schmitt-Beck, Politologe an der Universität Mannheim, über den zu Ende gehenden Wahlkampf 2013

DAS GESPRÄCH FÜHRTE
MICHAEL SCHENK

Der Wahlkampf ist kurz vor dem Ziel. Gelegenheit, eine erste Bilanz zu ziehen. Behilflich ist uns dabei der Politologe Professor Dr. Rüdiger Schmitt-Beck von der Universität Mannheim, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung.

PZ: Zur Wahl 2009 haben Sie zusammen mit Kollegen eine Analyse veröffentlicht, Titel „Zwischen Langeweile und Extremen...“. Sehen Sie Unterschiede zum Wahlkampf 2009?

Rüdiger Schmitt-Beck: Erstaunlich wenige, die Wahlkampfstrategien der Parteien sind ja wieder sehr ähnlich. Es ist eine – böswillig gesagt – ausgesprochen sedierte Angelegenheit. Da gibt es einen kompletten Mangel an Polarisierung. Und eine starke Personalisierung im Wahlkampf aller Parteien ist feststellbar.

Welche Partei hat nach wissenschaftlichen Kriterien beurteilt den besten Wahlkampf gemacht?

Es gibt keine wissenschaftlichen Kriterien, nach denen man einen Wahlkampf beurteilt, obwohl manchmal das Gegenteil behauptet wird (lächelt).

Also kein Favorit?

Die Frage ist eigentlich falsch gestellt. Denn momentan liegt der Fokus darauf, welche Koalition wir bekommen, und nicht, welche Partei vorne liegt. Die Situation derzeit ist sehr eng, wie der Blick in unsere Daten zeigt. Wir haben ein sehr knappes Rennen zwischen Schwarz-Gelb auf der einen Seite und SPD, Grünen und Linken auf der andern Seite. Kein



Rüdiger Schmitt-Beck aus Mannheim. FOTO: PRIVAT

Mensch kann also voraussagen, wie das am Ende der Woche ausgehen wird.

Die SPD hat analog zu Kommunalwahlkämpfen auf Klinkenputzen an der



Wahlkampf von Angesicht zu Angesicht funktioniert am besten, sagt Wahlforscher Rüdiger Schmitt-Beck. Bis der kleine Felix, der bereits einen orangefarbenen CDU-Luftballon in der Hand trägt und noch einen SPD-Luftballon erhält, sich entscheiden muss, gehen noch etliche Urnengänge ins Land. FOTO: VON ERICHSEN

Haustür gesetzt. Ist dies ein zukunftsweisendes Konzept?

Absolut. Was wir in der Tat aus der Wahlkampfforschung wissen ist, dass dies im Prinzip die Form von Wahlkampf darstellt, die verlässlich funktioniert. Der persönliche Kontakt zu den Wählern ist das Mittel, wie man sie für sich gewinnen kann. Je stärker Medien dazwischen treten, desto weniger wirksamer wird es.

Wagen Sie eine Prognose für die FDP?

Sieben bis acht Prozent.

Das verblüfft mich jetzt. Warum so viel?

Ja, die FDP schneidet bei Bundestagswahlen immer besser ab, als es vorher ausgesehen hat. Es gibt eine Gruppe von Wählern, die ist wirtschaftsliberal orientiert und möchte schwarz-gelbe Bündnisse an der Regierung sehen. Und diese Leute beobachten genau, wie sich die Stimmenanteile der Parteien entwickeln. Dazu passt die Zweitstimmenstrategie der CDU. Ich glaube, die Union fährt momentan eine Zweischichtstrategie. An der Oberfläche sagt sie Nein zu Leihstimmen. Aber sie verlässt sich gleich-

zeitig darauf, dass es eine Gruppe von Wählern gibt, die sowieso kapiert, was notwendig ist. Nämlich die Zweitstimme für die FDP, damit diese die Fünf-Pozent-Hürde nimmt. Aber die Christdemokraten ermutigen nicht dazu. So hoffen sie auf das Idealergebnis für sich: Eine FDP, die knapp in den Bundestag einzieht. Die also so geschwächt ist, dass sie nicht viel Ärger machen kann. Wobei ich glaube auch, dass sich CDU wie SPD allmählich immer stärker auf eine große Koalition einrichten.

Welchen Vorteil böte diese?

Das verrät einen Blick auf die Sitzverhältnisse im Bundesrat. Schwarz-Gelb könnte da kaum etwas bewegen, vor allem wenn auch noch am Sonntag die Regierung in Hessen kippt. Eine große Koalition hätte es da wesentlich einfacher, betrachtet man die Sitzverhältnisse. Da bräuchte es nur den einen oder anderen kleinen Deal mit dem einen oder anderen rot-grünen Land – und schon klappt es.

Warum hat sich die FDP nicht allmählich auf einen etwaigen Koalitionswechsel vorbereitet – verfestigt sich doch so immer

mehr der Eindruck, die Partei sei ein Anhängsel der Union für Freiberufler und Beamte?

Ich sehe da zwei Gründe. Das eine ist das politische Personal. Die linksliberale Tradition ist kaum noch existent. Auch die bürgerrechtlich-liberale Tradition gibt es kaum noch. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ist die einzige im aktiven Spitzenpersonal, die das noch verkörpert. Die Führung will es also nicht, sie ist sehr weit von der SPD entfernt. Zum anderen steckt der Partei noch die Erfah-

rung von 1983 in den Knochen, als die FDP nach dem Koalitionswechsel bei der Bundestagswahl fürchterlich eingebrochen ist. Die Kernwählerschaft liegt unter fünf Prozent und so braucht die FDP Stimmen aus dem schwarzen Lager, sonst ist die Existenz der Partei akut bedroht.

Selbst Gegner der Grünen attestieren der Partei einen ehrlichen Wahlkampf mit einem durchgerechneten Finanzkonzept, was sonst keine der Partei-

en anbietet. Warum wird das wohl nicht honoriert werden?

Weil die Leute sehr genau wissen, was es sie kostet. Die Anhängerschaft ist ja – ähnlich wie jene der FDP – gut situiert. Offenbar gab den Grünen jemand die Information, dass diese Wähler gerne bereit seien, ihren Teil zum Gemeinwohl beizutragen, indem sie tiefer in die Tasche greifen. Da haben die Grünen gedacht, jetzt gehen wir mal auf Steuererhöhungen aus. Je näher nun die Wahl kommt, desto stärker greift das Realitätsprinzip. Und mit der Bereitschaft zum Teilen ist es dann doch nicht so weit her.

Was glauben Sie: Wie lange wird die SPD ihr striktes Nein zur Rot-Rot-Grün noch durchhalten?

Diese Wahl noch mit Sicherheit. Ich denke in der nächsten Legislaturperiode wird allmählich eine Umorientierung beginnen. Bei der Linken hat diese ja schon begonnen. Dass Oskar Lafontaine aus der Spitze verschwunden ist, spielt eine ganz große Rolle. Solange er vorne mit dabei war, war es absolut undenkbar, dass mit der SPD etwas zustande kommt. Jetzt müssen nur noch die Positionen mehr vom Realitätsprinzip durchdrungen werden. Man muss fundamentalistische Positionen aufgeben, dann könnte das funktionieren. Ich denke im wohlverstandenen Eigeninteresse werden die beiden Parteien in den nächsten zwei Legislaturperioden darauf hinarbeiten.

Abschließend die Gretchenfrage: Wer regiert uns ab Montag?

Ich tendiere zur Vermutung, es wird eine große Koalition sein.